

No. 32957

—

**AUSTRIA
and
ALBANIA**

**Agreement on bilateral trade relations. Signed at Vienna on
29 March 1994**

Authentic text: German and Albanian.

Registered by Austria on 16 July 1996.

—————

**AUTRICHE
et
ALBANIE**

**Accord relatif aux relations économiques bilatérales. Signé à
Vienne le 29 mars 1994**

Texte authentique : allemand et albanais.

Enregistré par l'Autriche le 16 juillet 1996.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND
DER REPUBLIK ALBANIEN ÜBER DIE BILATERALEN WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN

- Die Republik Österreich und die Republik Albanien, im folgenden „Vertragsparteien“ genannt, sind
- vom Wunsche geleitet, die bestehenden bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zu verstärken,
 - im Bestreben, den Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu fördern,
 - in der Überzeugung, daß das vorliegende Abkommen eine günstige Voraussetzung und geeignete Grundlage zur Weiterentwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen schafft,
 - ausgehend von marktwirtschaftlichen Grundsätzen,
 - im Rahmen der in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften,

wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien werden im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften ihre bilateralen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Unternehmen, Organisationen, Gesellschaften und Institutionen, im folgenden „Unternehmen“ genannt, beider Staaten erleichtern und fördern.

Artikel 2

(1) Die Republik Österreich und die Republik Albanien gewähren einander die Meistbegünstigung im Umfang von Art. I und V Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (GATT) hinsichtlich der Zölle und sonstigen Abgaben sowie des Erhebungsverfahrens für solche Zölle und sonstige Abgaben, die anlässlich der Einfuhr oder Ausfuhr von Waren erhoben werden.

(2) Die Vertragsparteien stimmen überein, daß die Meistbegünstigung sich insbesondere nicht auf Zugeständnisse, Vorteile oder Befreiungen bezieht, die eine der Vertragsparteien gewährt oder gewähren wird:

- a) Nachbarstaaten zur Erleichterung des Grenzverkehrs,
- b) Staaten, die mit ihr einer Zollunion oder einer Zone des freien oder präferentiellen Handels angehören, die bereits besteht oder in Zukunft geschaffen wird,
- c) Drittstaaten in Anwendung multilateraler Abmachungen, an denen die andere Vertragspartei nicht teilnimmt.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer Möglichkeiten und der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit insbesondere in folgenden Bereichen fördern:

- **Land- und Forstwirtschaft, Agrar- und Forstechnik, Maschinen und Ausrüstungen.**
- **Lebensmittelindustrie: Verbesserung der Verarbeitung, Lagerung und Verpackung landwirtschaftlicher Produkte.**
- **Leichtindustrie, einschließlich Produktion und Lohnfertigung qualitativ hochwertiger und auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiger Textil-, Bekleidungs- und Lederwaren.**
- **Energiewesen: Aufsuchung, Gewinnung, Be- und Verarbeitung, Transport, Lieferung und Vermarktung von Erdöl, Erdgas und anderen Energieträgern,**
- **Errichtung, Ausbau und Revitalisierung von Energiesystemen, einschließlich Kleinwasserkraftwerken,**
- **Metallurgie und metallbearbeitende Industrie, einschließlich Buntmetallurgie.**
- **Aufsuchung, Gewinnung, Be- und Verarbeitung und Vermarktung von Bergbauprodukten und mineralischen Rohstoffen,**

- Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Direktinvestitionen in allen Wirtschaftsbereichen, auch unter Teilnahme von Drittstaaten,
- Bauwesen: Herstellung von Baumaterialien und Ausrüstungen.
- chemische Industrie einschließlich Produktion von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln.
- Gesundheitswesen, medizinische und pharmazeutische Industrie, einschließlich Pflanzen und Pflanzenteile.
- Umwelt-, Natur-, Landschafts- und Bodenschutz einschließlich Produktion biologischer Pflanzenschutzmittel.
- Be- und Verarbeitung von Baumwolle.
- Planung, Errichtung und Betrieb von Hotels, Bürogebäuden und Freizeiteinrichtungen.
- Technologie- und Know-how-Transfer, angewandte Forschung; Austausch von Lizenzen und Patenten.
- Normen- und Richtlinienwesen.
- Revitalisierung, Modernisierung, Ausbau, Automation bestehender Anlagen.
- elektronische und elektrotechnische Industrie,
- elektrische Geräte und Haushaltstechnik.
- finanzielle und Bankdienstleistungen, Marketing, Consulting und sonstige Dienstleistungen.
- Berufsausbildung und Managementschulung.
- Organisation und Durchführung von Messen, Ausstellungen, Seminaren, Austausch von Wirtschaftsmissionen und Experten.
- Austausch von juristischen, wirtschaftlichen, statistischen und technischen Informationen, Dokumentationen und Publikationen.

(2) In allen Bereichen der Zusammenarbeit sollen die Projekte grundsätzlich nach den höchsten Standards der Umwelttechnologien verwirklicht werden.

Artikel 4

Die Vertragsparteien werden im Bewußtsein der Notwendigkeit der Verwirklichung wirtschaftlich vernünftiger und ökologischer vertretbarer Infrastruktursysteme höchstes Interesse der Zusammenarbeit in folgenden Bereichen widmen:

- Eisenbahn,
- Telekommunikation,
- Recycling und Abfallverwertung,
- Bodenverbesserung,
- Wasserwirtschaft,
- Hafen- und Flughafenwesen,
- Luftfahrt.

Artikel 5

Die Vertragsparteien stimmen überein, daß der Tourismus zur Vertiefung der bilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen wesentlich beitragen kann.

(1) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften und auf Grundlage der Empfehlungen der Konferenz der Vereinten Nationen über den Fremdenverkehr und die internationalen Reisen werden beide Vertragsparteien den Tourismus fördern.

(2) Die wirtschaftliche, technische und fachliche Zusammenarbeit bei Tourismusprojekten sowie beim Ausbau der entsprechenden Infrastruktur soll nach den Grundsätzen des Umweltschutzes erfolgen und auf Qualität im Tourismus Bedacht nehmen.

Artikel 6

Der Zahlungsverkehr zwischen der Republik Österreich und der Republik Albanien erfolgt in Übereinstimmung mit den in jedem der beiden Staaten jeweils in Kraft stehenden Rechtsvorschriften in frei konvertierbarer Währung.

Artikel 7

(1) Der Warenaustausch und die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens wird entgeltlich durchgeführt.

(2) Der Handel zwischen den Unternehmen beider Staaten erfolgt zu marktgerechten Preisen.

(3) Im Rahmen der im jeweiligen Staat geltenden Rechtsvorschriften können die Unternehmen beider Vertragsparteien zur Erhöhung des Warenaustausches und zur Erweiterung der Warenvielfalt in jeder beliebigen Form, wie beispielsweise Barter- und Countertrading, Handel entsprechend den internationalen Handelsgebräuchen und Finanzpraktiken treiben.

Artikel 8

(1) Die Vertragsparteien nehmen Konsultationen auf, sobald eine Ware im Handel zwischen ihnen in solchen Mengen oder zu solchen Preisen oder unter solchen Bedingungen eingeführt wird, daß den inländischen Herstellern gleichartiger oder unmittelbar konkurrierender Waren eine schwerwiegende Schädigung verursacht wird oder verursacht zu werden droht.

(2) Stellen die Vertragsparteien in diesen Konsultationen einvernehmlich fest, daß eine im Abs. 1 genannte Situation besteht, so werden die Ausfuhren beschränkt oder andere Maßnahmen getroffen, um eine Schädigung zu verhüten oder zu beseitigen.

(3) Erzielen die Vertragsparteien keine Einigung, so steht es der Vertragspartei, welche die Konsultationen beantragt hat, frei, die Einfuhren der betreffenden Waren soweit und so lange zu beschränken, wie dies zur Verhütung oder Beseitigung der Schädigung erforderlich ist. Der anderen Vertragspartei steht es dann frei, von ihren Verpflichtungen gegenüber der ersten Vertragspartei für ein im wesentlichen gleichwertiges Handelsvolumen abzuweichen.

(4) In Fällen, in denen ein Aufschub einen schwerwiegenden Schaden verursachen würde, können vorläufige Maßnahmen ohne vorherige Konsultationen getroffen werden. In diesem Fall setzt jene Vertragspartei, die die vorläufigen Maßnahmen ergriffen hat, die andere Vertragspartei davon unverzüglich und schriftlich in Kenntnis. Danach sind sofort Konsultationen aufzunehmen.

(5) Bei der Auswahl von Maßnahmen nach diesem Artikel bevorzugen die Vertragsparteien Maßnahmen, die das Weiterfunktionieren dieses Abkommens am wenigsten beeinträchtigen.

Artikel 9

Die Vertragsparteien erkennen die Nützlichkeit und Notwendigkeit einer stärkeren Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen an den bilateralen Wirtschaftsbeziehungen an.

Artikel 10

(1) Die Vertragsparteien empfehlen den Unternehmen zur Streitbeilegung primär freundschaftliche Lösungen im beiderseitigen Einvernehmen.

(2) Im Rahmen der in beiden Staaten geltenden Rechtsvorschriften und auf Grund der vertraglichen Vereinbarungen zwischen den Unternehmen empfehlen die Vertragsparteien

- a) die Regelung von Streitfragen zwischen Unternehmen im Zusammenhang mit Handels- und Kooperationsgeschäften sowie bei der Gründung von Gemeinschaftsunternehmen und Direktinvestitionen der Vertragsparteien durch Schiedsgerichte,
- b) die Anwendung der von der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht ausgearbeiteten Schiedsregeln oder die Einschaltung eines Schiedsgerichts entsprechend dem Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche.

Artikel 11

Die während der Geltungsdauer des vorliegenden Abkommens von den Unternehmen beider Staaten übernommenen Rechtsverbindlichkeiten bleiben vom Ablauf oder einer Änderung des vorliegenden Abkommens unberührt.

Artikel 12

(1) Mit dem vorliegenden Abkommen wird eine „Gemischte Kommission“ errichtet, welche auf Vorschlag einer der beiden Vertragsparteien abwechselnd nach Österreich oder nach Albanien einberufen wird.

(2) Zu den Aufgaben dieser Gemischten Kommission gehören insbesondere:

- a) Erörterung der Entwicklung und des Standes der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen,
- b) Aufzeigen neuer Möglichkeiten zur Förderung der zukünftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit,
- c) Ausarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung der Bedingungen der wirtschaftlichen, industriellen und technischen Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen beider Staaten,
- d) Unterbreitung von Empfehlungen zur Anwendung dieses Abkommens.

(3) Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung oder Auslegung des vorliegenden Abkommens sollen durch Verhandlungen im Rahmen der Gemischten Kommission beigelegt werden.

Artikel 13

(1) Mit Rechtswirksamkeit der Teilnahme einer Vertragspartei oder beider Vertragsparteien am Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) oder des Beitrittes zu den Europäischen Gemeinschaften (EG) oder einer dieser nachfolgenden Organisation sind die Vertragsparteien durch dieses Abkommen insofern nicht gebunden, als dies mit dem sich dadurch ergebenden Rechtsbestand unvereinbar ist.

(2) In diesem Fall werden die Vertragsparteien gemeinsam die weitergeltenden Bestimmungen des vorliegenden Abkommen feststellen.

Artikel 14

(1) Dieses Abkommen wird für die Dauer eines Jahres abgeschlossen und verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht drei Monate vor Ablauf seiner Gültigkeit von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt wird.

(2) Das vorliegende Abkommen tritt mit dem ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, daß ihre jeweiligen innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten dieses Abkommens erfüllt sind.

(3) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens verliert das „Handels- und Zahlungsabkommen zwischen der Österreichischen Bundesregierung und der Regierung der Sozialistischen Volksrepublik Albanien für die Jahre 1986–1990“ vom 6. März 1986 *) seine Wirksamkeit.

Geschehen zu Wien, am 29. März 1994, in zwei Urschriften, jeweils in deutscher und albanischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik
Österreich:

WOLFGANG SCHÜSSEL

Für die Republik
Albanien:

SELIM BELORTAJA

[ALBANIAN TEXT — TEXTE ALBANAIS]

MARREVESHJE NDERMJET REPUBLIKES SE AUSTRISE DHE REPUBLIKES SE SHQIPERISE MBI MARREDHENIET EKONOMIKE DY PALESHE

Republika e Austrise dhe Republika e Shqiperise te cilat me poshte do te quhen "Pale Kontraktuese",

- nisur nga deshira per te forcuar marredheniet ekzistuese ekonomike dypaleshe,

- me qellim mxitjeje per shkembimin e mallrave, bashkepunimin ekonomik, industrial dhe teknik mbi bazen e barazise dhe te leverdise reciproke,

- me bindjen se Marreveshja e paraqitur krijon premisa te favorshme dhe baza te pershtatshme per zhvillimin e metejsnem te marrdhenieve ekonomike dypaleshe,

- nisur nga parimet e ekonomise se tregut,

- ne kuadrin e legjislacioneve ne fuqi ne te dy shtetet, u moren vesh si me poshte vijon:

N E N I 1

Palet kontraktuese ne kuadrin e legjislacioneve ne fuqi ne shtetet perkatese, do te lehtesojne dhe nxitin marredheniet e tyre ekonomike dypaleshe ndermjet ndermarrjeve, organizatave, shoqerive dhe institucioneve te quajtura ne vijim "Ndermarrje".

N E N I 2

1. Republika e Austrise dhe Republika e Shqiperise do te trajtojne njera tjetren sipas parimit te kombit me te favorizuar ne lidhje me doganat dhe taksat e tjera si edhe per procedurat qe vendosen per te tilla dogana e tatime te tjera qe vihen me kete rast mbi importin ose eksportin e mallrave, mbi bazen e nenit 1 dhe 5 te Marreveshjes se Pergjithshme te Tarifave dhe Tregtise (GATT).

2. Palet kontraktuese bien dakord qe parisi i kombit me ta favorizuar nuk ka lidhje meleshime, avantazhe apo çlirime, qe nje prej paleve kontraktuese u siguron ose do t'u siguroje:

a) Shteteve fqinje per lehtësimin e qarkullimit kufitar.

b) Shteteve me te cilat ajo ka ose do te arrije ne te ardhmen, nje bashkim doganor ose nje zone te lire tregtie ose preferenciale.

c) Shteteve te treta ne zbatim te marrevëshjeve shumepaleshe ne te cilat pala tjeter kontraktuese nuk merr pjese.

N E N I 3

1. Palet kontraktuese do te nxitin bashkepunimin ekonomik, industrial e teknik ne kuadrin e mundesive te tyre dhe legjislacioneve ne fuqi te secilit shtet, veçanerisht ne fushat e meposhtme:

- Bujqesi dhe ekonomi pyjore, teknike bujqesore dhe pyjore, makineri dhe pajisje.

- Industri ushqimore, permiresimi i perpunimit, magazinimit dhe paketimit te prodhimeve bujqesore.

- Industri e lehte, duke perfshire edhe prodhimin me material te porositesit, te tekstileve, konfeksioneve dhe prodhim lekure me cilesi te larte dhe me aftesi konkurruese ne tregun boteror.

- Energjitike: kerkimi, nxjerrja, perpunimi, transporti, livrimi dhe tregtimi i naftes, gazit natyror etj.

- Ngritja, zgjerimi dhe rivitalizimi i sistemeve energjitike duke perfshire edhe hidrocentralet e vogla.

- Metalurgji dhe industri mekanike dhe perpunuese duke perfshire edhe metalurgjine me ngjyra.

- Kerkimi, nxjerrja, perpunimi dhe tregtimi i mineraleve dhe e lendeve te para nentokesore.

- Krijimi i ndermarrjeve te perbashketa dhe investimeve te drejtperdrejta ne te gjitha fushat ekonomike me pjesemarrjen e shteteve te treta.

- Ne fushen e ndertimit: prodhimi i materialeve dhe pajisjeve te ndertimit.

- Industri kimike duke perfshire prodhimin e plehrave dhe insekticideve.

- Ne fushen e shendetesise: industria mjeksore dhe farmaceutike duke perfshire bimet dhe pjeset e tyre.
- Mbrojtja e mjedisit, e natyres, pejsazhit dhe tokes duke perfshire insekticide biologjike.
 - Perpunim pambuku.
 - Projektimi, ndertimi, venia ne shfrytezim e hoteleve, ndertesave administrative, mjeksore çlodhese.
 - Transferimi i teknologjise dhe Know-how, shkencave te aplikuara, shkembimi i licensave dhe patentave.
 - Sistemi i normave dhe udhezimeve.
 - Rivitalizimi, modernizimi, zgjerimi, automatizimi i impianteve ekzistuese.
 - Industria elektroteknike dhe elektronike.
 - Pajisje elektro-shtepiake.
 - Sherbime ne fushen e financave dhe sistemi bankar, marketing, konsultime etj.
 - Formimi profesional dhe shkollimi i menazhereve.
 - Organizimi i panairove, ekspozitave, seminareve, shkembimi i misioneve ekonomike dhe eksperteve.
 - Shkembimi i informacioneve, dokumentave dhe botimeve ne fushen juridike, ekonomike, statistike dhe teknike.

2. Ne te gjitha fushat e bashkepunimit, projektet duhet te zbatohen ne baze te standarteve me te larta te teknologjive te mjedisit.

N E N I 4

Palet kontraktuese te ndergjegjshme per domosdoshmerine e realizimit te sistemeve infrastrukurore ekonomikisht te arsyeshme ekologjikisht kohore do t'i kushtojne interes te larte bashkepunimit ne fushat qe vijojne :

- Hekurudhat
- Telekomunikacioni
- Riqarkullimi dhe vleresimi i mbeturinave
- Permiresimi i tokes
- Ekonomite ujore
- Portet dhe aeroportet

N E N I 5

Palet kontraktuese bien dakord qe Turizmi mund te kontribuojë ne thëlb ne zgjerimin e marredhenieve ekonomike dypaleshe.

1. Te dy Palet Kontraktuese do te nxitin turizmin ne kuadrin e rregullave ligjore ne fuqi ne secilin shtet dhe ne baze te rekomandimeve te Konferences se Kombeve te Bashkuara mbi turizmin dhe udhëtimet nderkombetare.

2. Bashkepunimi ekonomik, teknik dhe profesional per projektet mbi turizmin si dhe per zgjerimin e infrastruktures perkatese do te kryhet ne baze te parimeve te mbrojtjes se mjedisit dhe turizmit cilesor.

N E N I 6

Pagesat ndermjet Republikës se Austrisë dhe Republikës se Shqiperisë do te kryhen ne valute lirisht te konvertueshme, ne perputhje me legjislacionet, qe jane ne fuqi perkatesisht ne secilin nga te dy shtetet.

N E N I 7

1. Shkembimi i mallrave dhe bashkepunimi ekonomik, industrial e teknik ne kuadrin e kesaj Marreveshjeje do te kryhet kundrejt pageses.

2. Tregtia ndermjet Ndermarrjes te te dy shteteve kryhet sipas çmimeve perkatese te tregut.

3. Ne kuadrin e legjislacioneve ne fuqi ne secilin shtet Ndermarrjet e Paleve Kontraktuese mund te tregtojne sipas normave tregtare dhe praktikave financiare nderkombetare per te rritur shkembimin e mallrave dhe per te zgjeruar gamen e mallrave ne çfardo forme si: barter, kompensime etj.

N E N I 8

1. Palet Kontraktuese do te konsultohen, sapo ne tregtine ndermjet tyre, importohet ndonje mall ne sasi me cmime ose ne kushte te tilla, qe u shkakton ose kerceson tu shkaktoje deme prodhuesve vendas te mallrave te njejta ose te drejtperdrejte te konkurueshme.

2. Kur Palet Kontraktuese ne keto konsultime konstatojne bashkarisht, se ekziston nje situatë siç percaktohet ne Paragrafin 1, atehere do te kufizohen eksportet ose do te merren masa te tjera me qellim qe te menjanohet ose te eliminohet demi.

3. Kur Palet Kontraktuese nuk bien dakord, atehere Pala Kontraktuese e cila ka kerkuar konsultimet, mund te kufizojë importimet e mallrave ne fjale ne ate mase dhe per aq kohe, sa do te jete e nevojshme per menjanimin dhe kapercimin e demit. Atehere Pala tjeter kontraktuese mund te mos realizojë detyrimet e saj kundrejt Pales se pare kontraktuese me per afersisht te njejtin volum tregtar shkembimesh.

4. Ne rastet, ne te cilat nje vonese do te shkaktojë një dem te rende, mund te merren masa te perkohshme pa konsultime paraprake. Ne kete rast Pala Kontraktuese e cila ka marre masat e perkohshme, ve ne dijeni pa vonese dhe me shkrim per kete. Palen tjeter Kontraktuese. Pastaj do te ndermerren menjehere konsultime.

5. Gjate zgjedhjes se masave sipas ketij neni, Palet Kontraktuese u japin perparesi masave, te cilat demtojne sa me pak funksionimin e metejshem te kesaj Marreveshjeje.

N E N I 9

Palet Kontraktuese njohin dobine dhe domosdoshmerine e nje pjesemarrjeje me te madhe te ndermarrjeve te vogla dhe te mesme ne marredheniet ekonomike dypaleshe.

N E N I 10

1. Palet Kontraktuese per mosmarveshjet u rekomandojne ndermarrjeve se pari zgjidhje miqesore me mirekuptim te te dy paleve.

2. Ne kuadrin e legjislacioneve qe jane ne fuqi ne te dy shtetet dhe ne baze te marveshjeve kontraktuale ndermjet ndermarrjeve, Palet Kontraktuese rekomandojne :

a) Rregullimin e mosmarveshjeve ndermjet ndermarrjeve qe lidhen me biznes tregtie dhe kooperimi si edhe ne rastin e krijimit te ndermarrjeve te perbashketa dhe te investimeve te drejtperdrejta te Paleve Kontraktuese, nepermjet arbitrazheve.

b) Zbatimin e rregullave gjyqesore te percaktuara nga Komisioni i Kombeve te Bashkuara per te drejten tregtare nderkombetare, ose nderhyrjen e nje gjykate arbitrazhi sipas marveshjes mbi njohjen dhe ekzekutimin e vendimeve te arbitrazhit te huaj.

N E N I 11

Detyrimet ligjore te ndermarra nga ndermarrjet e te dy shteteve, gjate periudhes se vlefshmerise te kesaj Marveshje mbeten pa u prekur pas skadimit te afatit te vlefshmerise te kesaj Marveshjeje apo ndonje ndryshimi te saj.

N E N I 12

1. Me Marveshjen qe paraqitet do te ngrihet nje "Komision i Perbashket", i cili me propozimin e njeres prej Paleve Kontraktuese do te thirret alternativisht ne Austri ose Shqiperi.

2. Nder detyrat e ketij Komisioni te Perbashket perfshihen sidomos:

a) Shqyrtimi i gjendjes dhe i zhvillimit te Marrredhenieve ekonomike dypaleshe.

b) Gjetja e mundesive te reja per nxitjen e bashkepunimit ekonomik ne te ardhmen.

c) Hartimi i propozimeve per permiresimin e kushteve te bashkepunimit ekonomik, industrial dhe teknik ndermjet ndermarrjeve te te dy shteteve.

d) Paraqitja e rekomandimeve per zbatimin e kesaj Marreveshjeje.

3. Mosmarreveshjet mbi zbatimin ose interpretimin e kesaj Marreveshjeje, do te zgjidhen nepermjet bisedimeve ne kuadrin e Komisionit te Perbashket.

N E N I 13

1. Me pjesemarrjen e nje Pale ose te te dyja Paleve Kontraktuese ne Bashkesine Ekonomike Europiane ose ne nje organizim te mevonshem, Palet Kontraktuese do te clirohen nga ato pika te kesaj Marreveshjeje te cilat bien ne kundersizim me marreveshjet e nenshkruara me organizatat e mesiperme.

2. Ne kete rast Palet Kontraktuese do te percaktojne se bashku cilat do te jene pikat qe do te mbeten ne fuqi nga kjo Marreveshjeje.

N E N I 14

1. Kjo Marreveshjeje perfundohet per nje periudhe njevjeçare dhe zgjatet perkatesisht edhe nje vit me tej, ne rast se nuk denoncohet me shkrim ne rruge diplomatike nga njera prej te dyja Paleve Kontraktuese tre muaj para skadimit te vlefshmerise se saj.

2. Kjo Marreveshjeje hyn ne fuqi ne ditën e pare te muajit te trete, qe pason muajin, kur Palet Kontraktuese te kene njoftuar njeri-tjetrin, se kane plotesuar kushtet perkatese ligjore per hyrjen ne fuqi te kesaj Marreveshjeje.


3. Me hyrjen ne fuqi te kesaj Marreveshjeje, humbet efektshmerine e saj "Marreveshja ndermjet Qeverise Federale te Austrise dhe Qeverise se Republikes Popullore Socialiste te Shqiperise per vitet 1986-1990" e dates 06.03.1986.

Bere ne Vjene, ne 29.3.1994, ne dy ekzemplare origjinale secili ne gjuhen gjermane dhe shqipe, duke patur te dy tekstet vlere te barabarte.

Per Republikën
e Austrise:



Per Republikën
e Shqiperise:



[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE REPUBLIC OF ALBANIA ON BILATERAL TRADE RELATIONS

The Republic of Austria and the Republic of Albania, hereinafter called the “Contracting Parties”,

Desiring to strengthen existing bilateral foreign trade relations,

In an effort to promote the exchange of goods and economic, industrial and technical cooperation on a basis of equal rights and mutual advantage,

Convinced that the present Agreement will create favourable conditions and an appropriate basis for further development of bilateral trade relations,

On the basis of market economy principles,

In accordance with the laws in force in the two States,

Have agreed as follows:

Article 1

The Contracting Parties shall, in accordance with the law in force in their respective States, facilitate and promote bilateral foreign trade relations between the enterprises, organizations, companies and institutions, hereinafter called the “enterprises”, of the two States.

Article 2

1. The Republic of Austria and the Republic of Albania shall accord one another most-favoured-nation treatment in accordance with articles I and V of the General Agreement on Tariffs and Trade (GATT)² with respect to customs duties and other taxes levied in connection with the import or export of goods and with respect to the procedure for assessing such duties and taxes.

2. The Contracting Parties agree that most-favoured-nation treatment shall specifically not apply to concessions, advantages or exemptions that either of the Contracting Parties grants or will grant to:

(a) Neighbouring States for the facilitation of border traffic;

(b) States that are fellow members of a customs union or a free trade or preferential trade area that already exists or will be created in the future;

(c) Third States in the application of multilateral agreements to which the other Contracting Party is not a party.

Article 3

1. Insofar as it lies within their power and in accordance with the laws in force in their respective States, the Contracting Parties shall promote economic, industrial and technical cooperation, particularly in the following fields:

— Agriculture and forestry; agricultural and forestry techniques, machinery and equipment;

¹ Came into force on 1 March 1996 by notification, in accordance with article 14.

² United Nations, *Treaty Series*, vol. 55, p. 187.

- The food industry: improvement of processing, storage and packaging of agricultural products;
- Light industry, including the production and contract manufacturing of high value-added textiles, clothing and leather goods capable of competing on the world market;
- Energy: exploration, extraction, treatment, refining, transport, delivery and marketing of petroleum, natural gas and other energy sources;
- The establishment, expansion and revitalization of energy systems, including small hydroelectric power plants;
- Metallurgy and the metal-working industry, including non-ferrous metals;
- Exploration, extraction, processing, refining and marketing of mining products and mineral ores;
- The establishment of joint enterprises and direct investments in all sectors of the economy, including with the participation of third States;
- Construction: the production of building materials and equipment;
- The chemical industry, including the production of fertilizers and pesticides;
- Health care; the medical and pharmaceutical industries, including botanicals;
- Protection of the environment, nature, landscape and soil, including the production of biological pesticides;
- The treatment and processing of cotton;
- The planning, construction and operation of hotels, office building and recreation facilities;
- Transfer of technology and know-how; applied research; the exchange of licenses and patents;
- Standards and guidelines;
- The revitalization, modernization, expansion and automation of existing plants;
- The electronics and electrical engineering industries;
- Household-related technology and electric appliances;
- Financial and banking services, marketing, consulting and other services;
- Vocational and management training;
- The organization and holding of trade fairs, exhibitions and seminars; the exchange of economic missions and experts;
- The exchange of legal, economic, statistical and technical information, documentation and publications.

2. In all fields of cooperation, the projects should be carried out as a matter of principle according to the highest standards of environmental technology.

Article 4

Mindful of the need to create economically sound and ecologically sustainable infrastructure systems, the Contracting Parties shall devote the greatest attention to cooperation in the following areas:

- Railways;
- Telecommunications;
- Recycling and waste treatment;
- Soil improvement;
- Water resource management;
- Seaports and airports;
- Aviation.

Article 5

The Contracting Parties agree that tourism can substantially contribute to the deepening of bilateral foreign trade relations.

1. The two Contracting Parties shall promote tourism in accordance with the laws in force in their respective States and in keeping with the recommendations of the United Nations Conference on International Travel and Tourism.

2. Economic, technical and professional cooperation in tourism projects and in the further development of the corresponding infrastructure shall be conducted in accordance with the principles of environmental protection and conceived with a view to quality in tourism.

Article 6

Payment transactions between the Republic of Austria and the Republic of Albania shall take place in accordance with the laws in force at the time in each of the two States in freely convertible currency.

Article 7

1. The exchange of goods and economic, industrial and technical cooperation under this Agreement shall be conducted on a payment basis.

2. Trade between enterprises of the two States shall be conducted at fair market prices.

3. In accordance with the laws in force in their respective States, enterprises of the two Contracting Parties, in order to increase the volume and expand the variety of goods exchanged, may trade with one another in any form they choose, such as barter and countertrade, in keeping with international trade and finance practices.

Article 8

1. The Contracting Parties shall enter into consultations as soon as any goods are imported in trade between the Contracting Parties in such quantities, at such prices or under such conditions that serious damage is caused or threatened to be caused to domestic manufacturers of the same type or of directly competing goods.

2. If the Contracting Parties both come to the conclusion in these consultations that a situation of the kind mentioned in paragraph 1 exists, exports shall be restricted or other measure shall be taken to prevent or eliminate damage.

3. If the Contracting Parties do not reach agreement, the Contracting Party that has called for the consultations shall be at liberty to restrict imports of the goods in question to the extent and for the length of time required to prevent or eliminate damage. The other Contracting Party shall then be at liberty to derogate from its commitments towards the first Contracting Party with respect to a volume of trade of essentially equal value.

4. In cases in which delay would cause serious damage, provisional measures may be taken without prior consultations. In that event, the Contracting Party that has taken provisional measures shall immediately so inform the other Contracting Party in writing. Thereupon, consultations shall be undertaken immediately.

5. In the choice of measures pursuant to this article, the Contracting Parties shall give preference to measures that least impair the continued operation of this Agreement.

Article 9

The Contracting Parties recognize the utility and necessity of greater participation by small and medium-sized enterprises in bilateral foreign trade relations.

Article 10

1. The Contracting Parties shall recommend mutually agreed amicable solutions as the primary means for the settlement of disputes between enterprises.

2. In accordance with the laws in force in the two States and on the basis of the contractual agreements between enterprises, the Contracting Parties recommend:

(a) The settlement by arbitral tribunals of disputes between enterprises in connection with trade and cooperation transactions and with the establishment of joint enterprises and direct investments of the Contracting Parties;

(b) The application of the Arbitration Rules of the United Nations Commission on International Trade Law or recourse to an arbitral tribunal in accordance with the Convention on the Recognition and Enforcement of Foreign Arbitral Awards.¹

Article 11

The expiration or amendment of this Agreement shall not affect any legally binding commitments undertaken by enterprises of the two States during the period this Agreement is in force.

Article 12

1. A joint commission under this Agreement shall be established and shall be convened alternately in Austria or Albania at the request of either of the two Contracting Parties.

2. The duties of this joint commission shall include:

(a) Discussing the development and status of bilateral economic relations;

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 330, p. 3.

(b) Identifying new opportunities for the promotion of future economic co-operation;

(c) Making proposals for improving the conditions for economic, industrial and technical cooperation between enterprises of the two States;

(d) Presenting recommendations for the implementation of this Agreement.

3. Differences of opinion concerning the application or interpretation of this agreement shall be settled by negotiations in the framework of the joint commission.

Article 13

1. Upon the entry of one or both of the Contracting Parties in the European Economic Area (EEA) or accession to membership in the European Communities (EG) or a successor organization thereof, the Contracting Parties shall not be bound by this Agreement to the extent that it is incompatible with the legal position resulting therefrom.

2. In that event, the Contracting Parties shall determine jointly which provisions of this Agreement shall continue to apply.

Article 14

1. This Agreement is concluded for a period of one year and shall be extended for further periods of one year unless it has been denounced in writing three months before expiry by either of the two Contracting Parties through the diplomatic channel.

2. This Agreement shall enter into force on the first day of the third month following the month in which the Contracting Parties have notified one another that their respective domestic requirements for the entry into force of this Agreement have been met.

3. On the entry into force of this Agreement, the Trade and Payments Agreement of 6 March 1986 between the Austrian Federal Government and the Government of the Socialist People's Republic of Albania for the years 1986-1990 shall cease to have effect.

DONE at Vienna on 29 March 1994 in two originals, each in the German and Albanian languages, both texts being equally authentic.

For the Republic
of Austria:

WOLFGANG SCHÜSSEL

For the Republic
of Albania:

SELIM BELORTAJA

[TRADUCTION — TRANSLATION]

ACCORD¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE D'ALBANIE RELATIF AUX RELATIONS ÉCONOMIQUES BILATÉRALES

La République d'Autriche et la République d'Albanie, ci-après dénommées les « Parties contractantes »,

Désireuses de renforcer les relations économiques bilatérales existantes,

Cherchant à encourager les échanges commerciaux et la coopération économique, industrielle et technique sur la base de l'égalité des droits et de l'avantage réciproque,

Convaincues que le présent Accord crée des conditions propices et des fondements appropriés à l'expansion des relations économiques bilatérales,

S'appuyant sur les principes de l'économie de marché,

Dans le cadre de la législation en vigueur dans les deux Etats,

Sont convenues de ce qui suit :

Article premier

Les Parties contractantes faciliteront et encourageront, dans le cadre de la législation en vigueur dans chaque Etat, les relations économiques bilatérales entre les entreprises, organisations, sociétés et institutions des deux Etats, ci-après dénommées « entreprises ».

Article 2

1) La République d'Autriche et la République d'Albanie s'accordent mutuellement le traitement de la nation la plus favorisée, dans la mesure prévue par les articles premier et V de l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce (GATT)², en ce qui concerne les droits de douane et autres impositions ainsi que le mode de perception de ces droits de douane et autres impositions perçus lors de l'importation ou de l'exportation de marchandises.

2) Les Parties contractantes conviennent que le traitement de la nation la plus favorisée ne s'applique notamment pas aux concessions, avantages ou exemptions que l'une d'elles accorde ou accordera :

a) Aux Etats voisins en vue de faciliter le trafic frontalier,

b) Aux Etats qui appartiennent avec elle à une union douanière ou à une zone de libre-échange ou d'échanges préférentiels qui existe déjà ou sera créée à l'avenir,

c) Aux Etats tiers en application d'accords multilatéraux auxquels l'autre Partie contractante n'est pas partie.

¹ Entré en vigueur le 1^{er} mars 1996 par notification, conformément à l'article 14.

² Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 55, p. 187.

Article 3

1) Les Parties contractantes encourageront, dans le cadre de leurs possibilités et de la législation en vigueur dans chaque État, la coopération économique, industrielle et technique, en particulier dans les domaines suivants :

- Agriculture et sylviculture, technique agricole et forestière, machines et équipements agricoles;
- Industrie alimentaire; amélioration de la transformation, de l'entreposage et du conditionnement des produits agricoles;
- Industrie légère, y compris la production et la sous-traitance de textiles, de vêtements et d'articles en cuir de meilleure qualité et plus compétitifs sur le marché mondial;
- Énergie : prospection, extraction, transformation, transport, livraison et commercialisation de pétrole, de gaz naturel et d'autres sources d'énergie;
- Construction, extension et revitalisation des systèmes d'énergie, y compris les petites centrales hydro-électriques;
- Métallurgie et travail des métaux, y compris la métallurgie des métaux lourds non ferreux;
- Prospection, extraction, transformation et commercialisation de produits miniers et de matières premières minérales;
- Création de coentreprises et investissement direct dans tous les secteurs économiques, également avec la participation d'États tiers;
- Construction : fabrication de matériaux et d'équipements de construction;
- Industrie chimique, y compris la fabrication d'engrais et de produits phytosanitaires;
- Santé, industrie médicale et pharmaceutique, y compris les plantes et parties de plantes;
- Protection de l'environnement, de la nature, des paysages et du sol, y compris la production de produits phytosanitaires biologiques;
- Transformation du coton;
- Planification, construction et exploitation d'hôtels, d'immeubles de bureaux et d'équipements de loisirs;
- Transfert de technologie et de savoir-faire, recherche appliquée; échange de licences et de brevets;
- Normalisation et directives;
- Revitalisation, modernisation, extension, automatisation des installations existantes;
- Industrie électronique et électrotechnique;
- Appareils électriques et ménagers;
- Services financiers et bancaires, services de commercialisation, de consultation et autres services;
- Formation professionnelle et formation en gestion;

- Organisation et réalisation de foires, expositions, séminaires, échange de missions économiques et d'experts;
- Echange d'informations, de documentation et de publications juridiques, économiques, statistiques et techniques.

2) Dans tous les domaines de coopération, les projets seront, par principe, réalisés conformément aux normes les plus élevées des technologies de l'environnement.

Article 4

Conscientes qu'il faut mettre en place des systèmes d'infrastructures plus rentables et écologiquement justifiables, les Parties contractantes porteront le plus grand intérêt à la coopération dans les domaines suivants :

- Chemins de fer;
- Télécommunications;
- Recyclage et valorisation des déchets;
- Amélioration du sol;
- Secteur de l'eau;
- Ports et aéroports;
- Aviation.

Article 5

Les Parties contractantes conviennent que le tourisme peut contribuer de façon essentielle à l'approfondissement des relations économiques extérieures bilatérales.

1) Les Parties contractantes encourageront le tourisme dans le cadre de la législation en vigueur dans chaque Etat et sur la base des recommandations de la Conférence des Nations Unies sur le tourisme et les voyages internationaux.

2) La coopération économique, technique et spécialisée relative aux projets de tourisme ainsi qu'à l'extension des infrastructures correspondantes s'effectuera selon les principes de la protection de l'environnement et de la qualité du tourisme.

Article 6

Les virements entre la République d'Autriche et la République d'Albanie se font en monnaie convertible conformément à la législation en vigueur dans chaque Etat.

Article 7

1) Les échanges commerciaux et la coopération économique, industrielle et technique dans le cadre du présent Accord se font avec contrepartie financière.

2) Le commerce entre les entreprises des deux Etats a lieu aux prix du marché.

3) Les entreprises des deux Parties contractantes peuvent, dans le cadre de la législation en vigueur dans chaque Etat, faire du commerce sous une forme quelconque correspondant aux usages commerciaux internationaux, par exemple le troc et les échanges compensés, en vue d'accroître le volume des échanges et de les diversifier.

Article 8

1) Les Parties contractantes engageront des consultations dès que, dans le cadre du commerce entre elles, un produit est importé dans des quantités, à des prix ou à des conditions tels qu'il cause ou menace de causer un dommage grave aux producteurs nationaux de produits similaires ou de produits directement concurrents.

2) Si les Parties contractantes constatent d'un commun accord, au cours de ces consultations, l'existence d'une situation visée au paragraphe 1, les importations seront limitées ou d'autres mesures seront prises pour prévenir ou réparer le dommage.

3) Si les Parties contractantes ne parviennent pas à s'entendre, la Partie contractante qui a demandé les consultations a la faculté de limiter les importations des marchandises incriminées dans la mesure et pendant la durée nécessaires pour prévenir ou réparer le dommage. L'autre Partie contractante a alors la faculté de déroger à ses obligations à l'égard de la première Partie contractante pour un volume d'échanges essentiellement équivalent.

4) Dans les cas où tout délai causerait un tort grave, des mesures provisoires peuvent être prises sans consultations préalables. En pareil cas, la Partie contractante qui a pris les mesures provisoires en informe sans délai et par écrit l'autre Partie contractante. Des consultations doivent être engagées immédiatement après.

5) Pour le choix des mesures visées au présent article, les Parties contractantes donnent la préférence aux mesures qui nuisent le moins à la poursuite de l'application du présent Accord.

Article 9

Les Parties contractantes reconnaissent qu'il est utile et nécessaire que les petites et moyennes entreprises participent davantage aux relations économiques bilatérales.

Article 10

1) Les Parties contractantes recommandent aux entreprises de trouver avant tout d'un commun accord des solutions amiables à leurs différends.

2) Dans le cadre de la législation en vigueur dans chaque Etat et sur la base des accords contractuels passés entre les entreprises, les Parties contractantes recommandent :

a) Le règlement par des tribunaux arbitraux des différends entre entreprises concernant des arrangements commerciaux et de coopération ainsi que la création de coentreprises et les investissements directs entre entreprises des Parties contractantes,

b) L'application des règles arbitrales élaborées par la Commission des Nations Unies pour le droit commercial international ou l'intervention d'un tribunal arbitral conformément à la Convention pour la reconnaissance et l'exécution des sentences arbitrales étrangères¹.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 330, p. 3.

Article 11

Les relations juridiques engagées pendant la durée de validité du présent Accord par les entreprises des deux Etats ne sont pas modifiées par l'expiration ou par une modification du présent Accord.

Article 12

1) Aux fins du présent Accord, une « Commission mixte » est instituée, qui sera convoquée alternativement par l'Autriche ou l'Albanie sur la proposition de l'une des deux Parties contractantes.

2) Les tâches de la Commission mixte sont notamment les suivantes :

- a) Discuter de l'évolution et de l'état des relations économiques bilatérales,
- b) Mettre en évidence de nouvelles possibilités de promouvoir la coopération économique future,
- c) Elaborer des propositions visant à améliorer les conditions de la coopération économique, industrielle et technique entre les entreprises des deux Etats,
- d) Soumettre des recommandations en vue de mettre en œuvre le présent Accord.

3) Les différends entre les Parties contractantes relatifs à l'application ou à l'interprétation du présent Accord seront réglés au moyen de négociations dans le cadre de la Commission mixte.

Article 13

1) Les Parties contractantes ne sont pas liées par le présent Accord dans la mesure où cela serait incompatible avec la situation juridique résultant de la participation de l'une d'elles ou des deux à l'Espace économique européen ou de leur adhésion aux Communautés européennes ou à une organisation leur ayant succédé.

2) En pareil cas, les Parties contractantes déterminent d'un commun accord les dispositions du présent Accord qui demeurent valides.

Article 14

1) Le présent Accord est conclu pour une durée d'un an et sera prorogé à chaque fois d'un an, à moins que l'une des Parties contractantes ne le dénonce par écrit et par la voie diplomatique trois mois avant son expiration.

2) Le présent Accord entrera en vigueur le premier jour du troisième mois suivant le mois où les Parties contractantes se seront notifiées que les conditions intérieures requises pour son entrée en vigueur sont remplies.

3) Avec l'entrée en vigueur du présent Accord, l'« Accord commercial et de paiements entre le Gouvernement fédéral autrichien et le Gouvernement de la République populaire socialiste d'Albanie pour les années 1986 à 1990 », en date du 6 mars 1986, cesse de produire ses effets.

FAIT à Vienne le 29 mars 1994, en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et albanaise, les deux textes faisant également foi.

Pour la République
d'Autriche :

WOLFGANG SCHÜSSEL

Pour la République
d'Albanie :

SELIM BELORTAJA
